

Der Vollzugsdienst

6/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages

Probleme des deutschen Justizvollzuges erörtert

Seite 1

Bedrohliche Zustände im medizinischen Bereich der Hamburgischen JVAen

Gewerkschaft Strafvollzug (LVHS) schlägt erneut Alarm

Seite 34

Fachtag „Diversität in der Verwaltung leben – Herausforderung als Chance“

Rechtliche Lage im Kontext von Arbeit

Seite 77



BSBD Bundesvorsitzender René Müller gratulierte dem neuen Landesvorstand des BSBD Brandenburg zur Wahl.

Mehr dazu: Seite 27



HESSEN



RHEINLAND-PFALZ

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Rück- und Ausblick der BSBD-Bundesleitung
- 1 In Berlin unterwegs: BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages
- 2 Landesgewerkschaftstag in Brandenburg: Glückwunsch an den neu gewählten Landesvorstand
- 2 Sitzung der BSBD-Landesfrauenvertreterinnen in Potsdam

LANDESVERBÄNDE

- 4 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 21 Berlin
- 27 Brandenburg
- 34 Hamburg
- 39 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 53 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 80 Sachsen-Anhalt
- 85 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 74 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

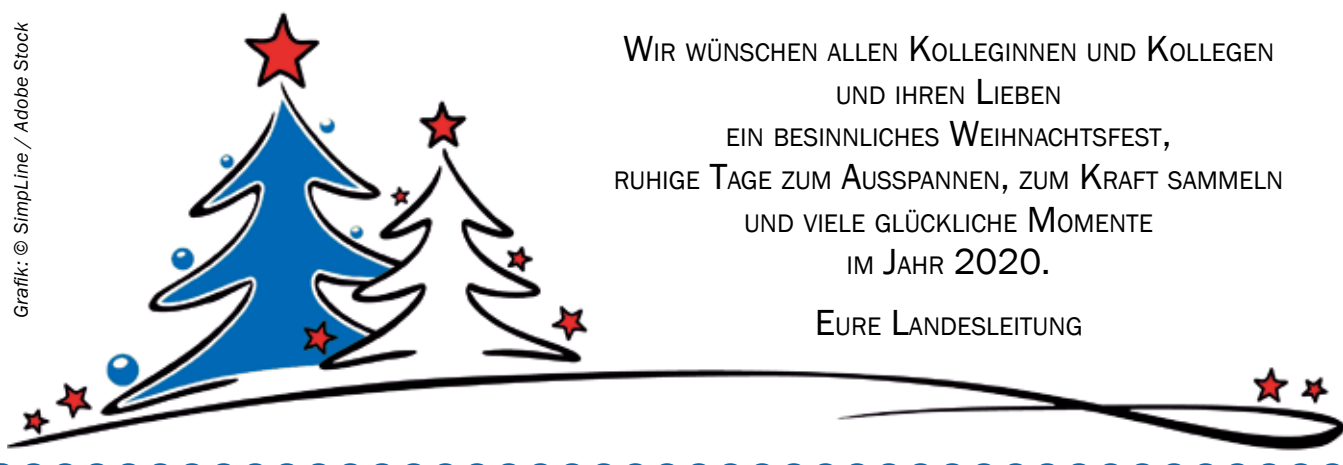
ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2020:



11. Februar 2020

Grafik: © SimpliLine / Adobe Stock



WIR WÜNSCHEN ALLEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN
UND IHREN LIEBEN
EIN BESINNLICHES WEIHNACHTSFEST,
RUHIGE TAGE ZUM AUSSPANNEN, ZUM KRAFT SAMMELN
UND VIELE GLÜCKLICHE MOMENTE
IM JAHR 2020.

EURE LANDESLEITUNG

62. Gewerkschaftstag des BSBD Hessen

Für Sicherheitsstationen und gegen Bodycams

Zum 10. Mal eröffnete **BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer** den Gewerkschaftstag des **BSBD Hessen** im Bürgerhaus der Stadt Butzbach. Es war die 10. Eröffnungsrede, versehen – wie stets – mit einem klaren Statement zum Arbeitsplatz Justizvollzug. Dieses Mal allerdings sprach sie vor einer vollständig ausgetauschten 1. Reihe der vollzugspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen des hessischen Landtags. Das gab es sozusagen noch nie. Allein die Landtagsabgeordneten der **CDU, Hartmut Honka** und **Uwe Serke**, gehörten bereits dem letzten Unterausschuss Justizvollzug an, wussten also faktisch, auf was sie sich mit dem Themenfeld Justizvollzug



Landesvorsitzende Kannegießer mit dem Klabauterhammer und dem Hammer für 's Feine.



Zahlreiche Delegierte nahmen am 10. Gewerkschaftstag teil.

Fotos (12): BSBD Hessen



einließen. **MdL Hartmut Honka** ist seit der Konstituierung des 20. Hessischen Landtags Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug, **MdL Uwe Serke** ist vollzugspolitischer Sprecher für die CDU-Fraktion. Letzterer übernahm diese Aufgabe von **MdL a.D. Hugo Klein**, der dem **BSBD** vor 2 Jahren als Antwort auf den gewerkschaftlichen Klabauterhammer, den Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** seit dem Gewerkschaftstag 2015 regelmäßig auspackt, einen filigranen Hammer für 's Feine schenkte, denn – so **MdL a. D. Hugo Klein** damals –, das Große (z.B. die Vollzugszulage) sei erreicht, jetzt gelte es, die Feinarbeiten vorzunehmen.

Die **SPD**-Fraktion wurde durch ihren neuen vollzugspolitischen Sprecher, **MdL Frank-Thilo Becher**, vertreten, für die **Linke** nahm **MdL Christine Böhm** teil. Mit **MdL Marion Schardt-Sauer** hat der **BSBD Hessen** nun wieder eine vollzugspolitische Ansprechpartnerin in der **FDP**-Fraktion, wobei Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** in ihrer Begrüßung darauf hinwies, dass man sich bereits im Ringen um den Erhalt der **JVA Limburg** als Vollzugsstandort näher kennengelernt habe.

Ganz entschieden sprach sich **BSBD**-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** in ihrer Eröffnungsrede gegen **Bodycams** im hessischen Justizvollzug aus.

Und sie begründete dies sehr deutlich durch die Schilderung des vollzuglichen Alltags, der Besonderheiten des Arbeitsfelds. Das Risiko des Nichtverstandenwerdens sei zu groß (*siehe aus Stellungnahme in der Ausgabe Vollzugsdienst 4-5/2019*). Ganz eindrücklich ging sie auf den Arbeitsplatz der Kollegen*innen der unterschiedlichen Fachrichtungen ein, schilderte die Herausforderungen und Grenzsituationen im Umgang mit den psychisch und persönlich immer auffälliger werdenden Gefangenen. Dabei betonte sie, dass der **BSBD Hessen** eher nicht von psychisch kranken, sondern von psychisch auffälligen Gefangenen spricht. **Kannegießer** hierzu: „Ich schaue die bei uns beherbergte Klientel an, die Süchtigen, die Junkies, diejenigen, die ihre Persönlichkeit schon ziemlich verloren haben. Nicht erreichbar, teilweise verwirrt, gefangen in einer eigenen Welt mit eigenen Bildern und Geräuschen. Weggebeamt. Fordernd und nervend, teilweise verwahrlost. Laut und schreiend, vor allem nachts. Der ICD-10-Katalog zum Spektrum der psychischen Erkrankungen, von der Psychose bis zur hochgradigen Suizidalität, ist im Justizvollzug umfassend vertreten. Appell und Absprache stehen gerade bei diesen Menschen als Instrument der Begegnung nicht zur Verfügung.“ Drastisch schilderte sie den Arbeitsalltag, die Belastungen durch zusätzliche Aufgaben, die mentalen Herausforderungen an die Vollzugsbediensteten, die mit immer auffälligeren Gefangenen umzugehen haben. Dies belaste die Arbeitsabläufe, führe zu Leistungseinschränkungen und belaste so die Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalten massiv.

BSBD-Landesvorsitzende **Kannegießer** forderte deshalb die Einrichtung spezieller Sicherheitsabteilungen, wie es sie bereits in anderen Bundesländern gibt.

Ausdrücklich lobte **Birgit Kannegießer** die durch **Justizministerin Kühne-Hörmann** geplanten Personalverstärkungen im kommenden Jahr, 40 der 70 im Haushalt angemeldeten Stellen für den hessischen Justizvollzug sind für die Betreuung psychisch kranker Gefangener vorgesehen. Das, so **Kannegießer**, deckt jedoch noch nicht den tatsächlichen Stellenbedarf in den Anstalten. Aktuell fehlen allein im allgemeinen Vollzugsdienst bereits 110 Stellen. Immer wieder bleiben Positionen in den Tagesdienstplänen unbesetzt oder die Kollegen*innen werden zu anderen Aufgaben abgezogen. Nochmals erklärte sie eindrücklich, warum der **BSBD Hessen** weiter die Kor-



Blick in die Reihe der Abgeordneten.

rektur der Berechnung der Ausfallquote fordere, allein hierfür fehlen in Hessen 110 Stellen. Nur so könne aus dem „Kollegen n.n.“ (no named) ein realer und dienstleistender Bediensteter in der Tagesdienstplanung werden.

Auch für den Werkdienst stellte **Birgit Kannegießer** konkrete Forderungen. Insbesondere forderte sie die deutliche Anhebung der „Meisterzulage“, da der Justizvollzug bei der Nachbesetzung der freien Stellen mittlerweile gegenüber der freien Wirtschaft bezahltechnisch nicht mehr konkurrenzfähig sei und Stellen unbesetzt bleiben.

Darüber hinaus forderte sie erneut die deutliche Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel für den Justizvollzug, der Sanierungsstau sei massiv gewachsen, die technischen Anlagen seien in einem bedenklichen Zustand. Die Bediensteten des Werkdienstes bezüglich einer CO₂-neutralen Verwaltung fortzubilden, und dann nicht das Geld für die notwendigen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, sei kein schöner Zug der beiden Regierungsparteien. Dieses politische Ziel in sanierungsbedürftigen Gebäuden erreichen zu wollen, sei kaum umsetzbar, so Kannegießer in ihrer Rede.

Ausdrücklich appellierte **Birgit Kannegießer**, die JVA Hünfeld in eine vollstaatlich geführte Anstalt zurückzuführen, Zitat: „Noch nicht resigniert haben wir als **BSBD** beim Thema Hünfeld, dem schwarzgelben Leuchtturmprojekt des hessischen Justizvollzugs. Warum reiben wir uns so sehr an diesem Kapitel hessischer Vollzugsgeschichte? Weil es auch hier um Handlungsfähigkeit geht. Sobald der Alltag dieser JVA – beispielsweise durch eine oder mehrere Krankenhausüberwachungen –, beeinträchtigt wird, besteht das Risiko, dass die Anstalt in den Nachtverschluss muss. Während die staatlichen Bediensteten dann rennen, sind die Mitarbeiter*innen des privaten Dienstleisters raus und sitzen rum. Dieses Rumsitzen ist seitens des Justizvollzugs nichtsdestotrotz zu bezahlen. Die Leistung passiert durch Anwesenheit und wird ja offensichtlich erbracht. Kann das wirtschaftlich sein?“

Wir wissen, dass aktuell die ersten Vorgespräche laufen, 2021 endet der jetzt laufende Vertrag. Wir nutzen deshalb auch den 62. Gewerkschaftstag als **BSBD** und appellieren an Sie: führen Sie die JVA Hünfeld in einen vollstaatlichen Betrieb zurück. Wir brauchen jeden Kopf dieser Anstalt, um jederzeit Handlungsfähigkeit zu haben. Eine Einteilung in hoheitliche und nicht hoheitliche Aufgaben hat sich so nicht be-

währt. Mit dem Haushalt 2020 können Sie die notwendigen Schritte einleiten. Bitte ergreifen Sie diese Chance, bitte handeln Sie jetzt!“

Schließlich forderte sie auch für die Auszubildenden des mittleren und des gehobenen Verwaltungsdienstes die Einführung eines Anwärtersonderzuschlags. Die jungen Bediensteten dieser Laufbahnzweige müssen – bedingt durch die Auflösung von 2 VCC-Standorten und damit einhergehender Reorganisation der ausführenden Verwaltung – während ihrer Ausbildung durch ganz Hessen reisen, absolvieren Ausbildungsabschnitte sowohl in Kassel wie auch in Frankfurt, unabhängig davon, wo ihre Stammdienststelle ist. Das, so Kannegießer, ist mit einfachen Anwärterbezügen, nicht zu finanzieren!



Justizministerin Eva Kühne-Hörmann betont, wie wichtig Öffentlichkeitsarbeit im Justizvollzug ist.

Justizministerin Kühne-Hörmann betonte in Ihrem Grußwort, wie wichtig es ihr sei, den Justizvollzug in die Öffentlichkeit zu bringen, das Arbeitsfeld zu thematisieren und zu erklären. Sie berichtete von ihren Erfahrungen mit der „Musterzelle“ auf dem Hessentag. Dorthin kommen Besucher*innen, plötzlich konfrontiert mit dem Haftraum, stellen sie Fragen, die von den Standdienst leistenden Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes beantwortet werden. Dieser Dialog, so **Kühne-Hörmann**, sei sehr wichtig, um auch für das Arbeitsfeld zu werben. Diese Musterzelle gebe Einblicke in eine andere Welt, die durch keinen Film vermittelt werden könne.

Die Personalsituation beschrieb die **Justizministerin** insgesamt eher entspannt. Das Betreuungsverhältnis liege bei 63 zu 100 Gefangenen, die Stellenbesetzungsquote liege wiederum bei 98,4 %, es werde ein enormer Aufwand

und eine intensive Personalwerbung betrieben.

Für den Justizvollzug seien insgesamt 70 neue Stellen im Haushaltsentwurf der Landesregierung, das sind 40 AVD-Stellen, 2 Ärztstellen, 7 Psychologiestellen, 1 Stelle im Sozialdienst, 6 Stellen für den Krankenpflegedienst, 3 Stellen für den gehobenen Verwaltungsdienst, 5 für den pädagogischen Dienst und insgesamt 7 Ergotherapeutenstellen im Tarifbeschäftigtenverhältnis.

Diese Stellen, so **Justizministerin Eva Kühne-Hörmann**, wurden eingestellt zur Umsetzung der leitliniengerechten Behandlung psychisch kranker Gefangener, der Aus- und Fortbildung der Gefangenen, der Verstärkung der Präsenz im Nachtdienst, zur Kompletierung des Brandschutzes und zum Ausbau der Hundestaffel, darüber hinaus zum Ausbau des Netzwerks zur Deradikalisierung im Justizvollzug – Stichwort: NeDis.

Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag verabredeten Erprobung von Bodycams im Justizvollzug erklärte die Justizministerin, dass hierüber noch nicht abschließend entschieden sei, es müsse jedoch alles ausgeschöpft werden, was möglich sei zum Schutz gegen Gewalt gegen Bedienstete. In diesem Kontext dankte sie dem Abteilungsleiter Justizvollzug im HMdJ, Ministerialdirigent **Thorsten Kunze**, der als ehemaliger stellvertretender Generalstaatsanwalt mit dafür Sorge getragen habe, dass Gewalt gegen Beschäftigte des öffent-



Justizministerin Eva Kühne-Hörmann und Abteilungsleiter Justizvollzug Thorsten Kunze.

lichen Dienstes und des Justizvollzugs vehementer durch die Staatsanwaltschaften verfolgt wird. **BSBD**-Landesvorsitzende **Kannegießer** hatte in ihrer Rede die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften zur Verfolgung dieses Gewaltphänomens

begrüßt. Dort sei man deutlich zurückhaltender geworden, solche Anzeigen nach § 154 StPO einzustellen. **Staatsministerin Kühne-Hörmann** fügte hinzu, es gelte jetzt aber dringend, dem Hass und der Gewalt sowie der zunehmenden Verrohung der Sprache gegenzusteuern, die Toleranzschwelle müsse deutlich gesenkt werden. Der Landesregierung sei es ein besonderes Anliegen, dieser Verrohung deutlich und auch strafrechtlich konsequent zu begegnen.



MdL Böhme (Die Linke) zeigt Verständnis für die Auszubildenden im Verwaltungsdienst.

In umgekehrter Reihenfolge als sonst sprachen sodann die vollzugspolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen. **MdL Christine Böhme**, Die Linke, appellierte an die Gewerkschaft, nicht locker zu lassen, vieles müsse noch verbessert werden bei sich ändernden Aufgaben und sich ändernder Gesellschaft. Wichtig sei, konkrete Forderungen zu formulieren. Der Sanierungsprozess sei voranzubringen. Sie bedauerte die Rückentwicklung des offenen Vollzuges, die Gefahr der Rückfälligkeit steige ohne ausreichende Erprobung. Bodycams im Vollzug seien, so **Böhme**, eine absurde Idee, es müsse stattdessen Beziehung und Austausch mit den Gefangenen geben. Ausdrücklich unterstützte sie das Anliegen, die Situation der Auszubildenden im mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst zu verbessern (Stichwort: Jacqueline), sie lobte den anonymen Verfasser des Artikels aus der letzten Ausgabe des Vollzugsdienstes.

MdL Marion Schardt-Sauer, FDP, lobte zunächst die Arbeit des **BSBD**, die von Leidenschaft und Überzeugung geprägt sei. Durch Einladungen von örtlichen Personalräten bekomme sie im Ansatz ein Gespür dafür, was Vollzug



MdL Marion Schardt-Sauer (FDP) betont, wie wichtig die Sicherheit in einer Vollzugsanstalt ist.

leistet, die Schilderungen helfen ihr, den Maßnahmebedarf zu erkennen, der Fokus, so Schardt-Sauer, sollte auf die gerichtet sein, die für unsere Sicherheit sorgen. Die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den Anstalten sei wichtig, um Menschen davon zu überzeugen, dort zu arbeiten. Es müssen wertschätzende Anreize hierfür gegeben werden. Insbesondere Bereiche, die elementar sind für die unsere Demokratie, seien entsprechend auszustatten. Als überzeugte Rechtspolitikerin wolle sie sich hierfür maßgeblich mit dafür einsetzen.

MdL Frank-Thilo Becher, SPD, der vor Annahme des Landtagsmandats als Dekan immer wieder im Austausch mit den Anstaltsseelsorgern und so in der JVA Gießen gewesen war, schilderte zunächst, dass die Bürger*innen in der Regel zwar keinen Bezug zum Justizvollzug hätten, umso wichtiger sei die Arbeit der Beiräte, der externen Träger sowie der Sportvereine, die in die Anstalten kommen. Besuche in den Anstalten stiften, so **MdL Becher**, Einblicke in die Realität hinter Gittern.

Bei der Berechnung der Ausfallquote dürften, so **MdL Frank-Thilo Becher**, keine Taschenspielertricks zum Einsatz kommen, diese Quote müsse so berechnet werden, dass der Dienst tatsächlich funktioniere. Nur wenn Bezahlung, Aufstiegschancen und Attraktivität des Arbeitsplatzes stimmten, könne Abwanderung aus dem Berufsfeld reduziert bzw. verhindert werden. Hinsichtlich des Projekts Bodycams im Justizvollzug riet Becher der Regierungskoalition, den Fachleuten vor Ort zu folgen. Bezüglich der teilprivatisierten JVA Hünfeld habe die **SPD** stets eine kritische Haltung gehabt, hier müsse der



Für MdL Frank-Thilo Becher (SPD) muss die Berechnung der Ausfallquote den Gegebenheiten entsprechen.

Betrieb zurückgeführt werden in einen vollstaatlichen Betrieb. Schließlich betrachtete er die Herausforderungen in Bezug auf die wachsende Zahl psychisch auffälliger Gefangener, hier sei politische Aufmerksamkeit und Sorgfalt geboten, den Bediensteten Rücken- deckung zu geben.



MdL Uwe Serke (CDU) / MdL Hartmut Honka (CDU): „Der große Hammer kann weggepackt werden!“



Als letzter vollzugspolitischer Redner sprach sodann für die größte Fraktion, für die **CDU**, deren vollzugspolitischer Sprecher, **MdL Uwe Serke**. Der Landesvorstand des **BSBD Hessen** habe bereits im vollzugspolitischen Gespräch vergangenen Juni wie immer offen und ungeschminkt geschildert, wie sich die Arbeitssituation im Vollzug gestalten, einiges der gewerkschaftlichen Forderungen habe bereits umgesetzt werden können. Allerdings sei die Situation noch nicht so gut, dass der **BSBD** den „großen Hammer“ wegpacken könne. So werde die Einführung von Bodycams im Justizvollzug ergebnisoffen diskutiert, für den Erhalt der Justizvollzugsanstalt seien in den zukünftigen Haushalten hohe Investitionskosten vorgesehen. Der Austausch mit der Gewerkschaft biete wertvolle Ansätze, den Vollzug zu verstehen, zu gestalten und zu optimieren. Wenn es, so **MdL Serke**, gelinge, in den kommenden 4 Jahren der Wahlperiode die jetzt gesetzten Ziele zu erreichen, könne in 4 Jahren wieder der kleine, von **MdL a.D. Hugo Klein**, überreichte kleine Hammer zwecks Nacharbeit zur Hand genommen werden.

dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt ging zunächst auf den im April 2019 verhandelten Tarifabschluss ein, stufgleicher Aufstieg, Kinderzulage und Hessenticket machen den hessischen tatsächlich zum besten Tarifvertrag,



dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt richtet den Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes.

den es in Deutschland im öffentlichen Dienst gebe. Allerdings, so **Schmitt**, vergesse der **dbb** nicht den Nachholbedarf aus der Nullrunde des Jahres 2015, den hessischen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fehlen 3,5 %. Dass eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten*innen im Jahr 2019

nicht mehr diskutiert werden müsse, sei ein Erfolg der Gewerkschaftsarbeit und der durch den **dbb Hessen** geführten Besoldungsklage in Sachen Abstandsgebot zur Grundsicherung. In Karlsruhe seien insgesamt 8 Klageverfahren in Beamten- und in richterlichen Besoldungsfragen beim Bundesverwaltungsgericht anhängig.

Heini Schmitt ging darüber hinaus deutlich auf die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein. Er selbst war 20 Dienstjahre im Polizeidienst gewesen, habe selbst heftige Attacken erfahren und erlebt, wie Kollegen an solchen Gewalttaten zugrunde gingen. Gewalt gegen Beschäftigte sei mittlerweile aber nicht mehr nur ein Problem im Vollzugsdienst, es sei ein Problem in der gesamten öffentlichen Verwaltung. Das Besondere am Vollzugsdienst – als Teil der Zwangsverwaltung – sei, dass man bei ad hoc eskalierenden Situationen – im Gegensatz zur allgemeinen Verwaltung – nicht zurückweichen oder sich gar zurückziehen könne, es ist, so **Schmitt**, ausdrückliche Aufgabe, solche Situationen auf der Stelle zu klären, der Einzelne müsse ran und die Situation bewältigen. Zur Einführung der Bodycam als Instrument zum Heraufsetzen der Gewalt-Hemmschwelle fragte **dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt**: „Wie weit hat Gesellschaft bereits versagt, wenn allein eine Bodycam vor Gewaltübergriffen schützt, die Notwendigkeit der Heranziehung dieser Filmaufnahmen als Beweismittel sei im Übrigen die Ohnmachtserklärung eines Rechtsstaates.“



Die Grußworte für den Magistrat der Stadt Butzbach überbrachte Michael Mentz, ehemaliger Leiter der JVA Rockenberg.

Für den Magistrat der Stadt Butzbach sprach **Michael Mentz**, der ehemalige Leiter der JVA Rockenberg, der danach fragte, wie denn noch eine Erprobung in vollzugsöffnenden Maßnahmen passieren könne, wenn, wie vom Landgericht Limburg gegen zwei Rheinland-Pfälzer Bedienstete des offenen Vollzugs geschehen, eine strafrechtliche Belangung bei Lockerungsmissbrauch bzw. -versagen erfolge. Eine vollständige Bewertung in der Rückschau sei stets deutlich leichter.

Berichte, Redebeiträge und Bilder können im Übrigen auf der Website www.bsbd-hessen.de nochmals angeschaut und nachgelesen werden.

*Die Landesvorsitzende
Birgit Kannegießer*



Öffentlichkeitsarbeit im Justizvollzug ist wichtig. Landesvorsitzende Birgit Kannegießer im Gespräch mit Pressevertretern.

Aus dem Tagebuch eines Justizvollzugsbeamten

Fix(iert) und fertig oder Heilige Nacht so zugewandt

24. 12. – auch im Jahr 2019

Heute, am Heiligen Abend, war ich mangels Ehegattin und fehlenden Kind(ern) zum Spätdienst eingeteilt. Morgens wurden in der JVA die üblichen Präsente vom Anstaltspfarrer, vom Anstaltsleiter, vom Hessischen Ministerium der Justiz, vom BSBD und vom Anstaltsbeirat verteilt.

Da ich dieses alljährliche Prozedere bereits kenne, habe ich nur eine „Sicherheitsbanane“ und eine Flasche Wasser mit zur Spätschicht genommen. Angekommen, erwarteten mich in meinem Bereich Umengen an leckeren Dominosteinen und Spekulatius. Same procedure as every year. In der Hoffnung, dass es ein ruhiger Abend wird, nahm ich mir vor, aus dem vorhandenen Material die Cheops Pyramide und das Taj Mahal nachzubauen, um meine Kolleginnen und Kollegen der Nachtschicht zu erfreuen.

Natürlich kam aber alles wieder mal ganz anders. Kurz nach Nachtverschluss um 17 Uhr wurden von der Zentrale alle verfügbaren Kräfte zum einem Haftraum beordert, aus dem eine bedrohliche Geräuschkulisse schallte. Es klang nach Ehestreit – nur ohne Geschrei – und ohne Tannenbaum. Ein kurzer Blick durch den Spion – alles klar, hier passt jemand sein Haftrauminventar den eigenen Feng Shui Vorstellungen an.

Nach Öffnung der Tür, einer unverständlichen Schimpftirade und dem Versuch des Inhaftierten, dem Kollegen Kurt B. die Zigaretten aus der Brusttasche des Hemdes zu reißen sowie nach kurzen aber, zupackenden Interventionen seitens der Kollegen, war der Verurteilte in den besonders gesicherten Haftraum verbracht. Dort angekommen, versuchte derselbige jedoch pronto, die bgH-Tür mit seinem Kopf zu öffnen, was ein weiteres Einschreiten unsererseits erforderte. Doch auch die nun angelegte Fesselung verfehlte leider ihre Wirkung, so dass – was blieb uns denn übrig – die Fixierliege aus der Ecke gezogen und von Spinnweben befreit wurde und zum Einsatz kam. Zum Glück hatte ich vor kurzem eine Schulung zur Thematik erhalten, sogar das Merkblatt für Sitzwachen bei Fixierungen hatte ich dabei. So erklärte ich mich gerne bereit, mit einem Tarifler, also einem „Frischling“, die Sitzwache zu übernehmen, um dem jungen Kollegen zu zeigen, dass ich für diesen Fall gerüstet bin und – wie eine Mutter ohne Brust – anleitungsgemäß zugewandt und deeskalierend auf den Gefangenen einwirken würde. Während die Zentrale wild – in Rücksprache mit dem Inspektionsdienst – versuchte, per Telefon, Fax, Twitter, Instagram und Facebook irgendwie Kontakt zum zuständigen Bereitschaftsrichter des Betreuungsgerichtes aufzunehmen, um sich die Fixierung – just in time, also binnen



einer halben Stunde – genehmigen zu lassen, lächelte ich so freundlich ich konnte und nahm den im Merkblatt vorgesehenen Blickkontakt zum Gefangenen auf.

Der Gefangene zappelte jedoch weiterhin sozusagen wie ein Fisch am Haken, hielt plötzlich inne, zog Rotz aus den tiefen seiner Lunge zusammen und spuckte in unsere Richtung. Natürlich traf er den unerfahrenen Kollegen, was den Gefangenen ebenfalls zum Lächeln brachte. Nun galt es erst einmal zu verhindern, dass der nächste Zahnarztbefund des Fixierten lautet: 1-8 unten/ oben rechts/links fehlt. Die Zentrale schickte mir einen neuen Kollegen, während sich der junge Kollege wütend und schimpfend in Richtung Umkleieraum zum Trockenlegen entfernte. Sicherheitshalber bekam der Verurteilte einen Spuckschutz, und wir überlegten sehr konzentriert, was denn wohl sein Problem sein könnte. Juckt die Windel, die wir ihm so mühevoll übergestreift haben? Ist diese vielleicht schon gefüllt? Wobei dies eigentlich nicht sein konnte, schließlich steht auf der Packung 70 bis 80 kg. Also erneuter Versuch der Kontaktaufnahme mit dem heftig zuckenden Geschöpf. Ich sprach langsam, aber bestimmt: „Was ist eigentlich Ihr Problem?“. Das Zappeln hörte kurz auf, der Fixierte schrie: „Tabak, Tabak, Zigarette!!!“:

Ich nickte verständnisvoll und redete weiter: „Haben Sie das Bedürfnis eine Zigarette zu rauchen?“. Der Gefangene brüllte: „No Tabak, no Zigarette!!!“. Ich bohrte lächelnd nach: „Verstehe ich das richtig, sie sind Nichtraucher und fühlen sich durch den Tabakgeruch in ihrem Haftraum und auf dem Stationsflur belästigt?“ Nickend ging ich weiter auf ihn ein: „Dafür habe ich Verständnis, aber leider lässt es sich nicht vermeiden, dass Sie die Gerüche aus anderen Hafträumen wahrnehmen. Da hilft nur regelmäßiges Lüften.“ Der Gefangene schaute mich zornig, aber irgendwie auch mitleidig an. Versuchte nochmals durch den Spuckschutz hindurch zu rotzen, beschimpfte uns als Rassisten, zappelte noch drei Stündchen, brüllte dabei immer wieder: „Tabak, Tabak, Zigarette!!!“ und schlief kurz vor Schichtwechsel ein, so dass wir mit den Kollegen des Nachtdienstes die Fixierung lösen konnten und den erschöpften Gefangenen sanft schlummernd auf die Matratze im bgH legten. Ich notierte mir auf meinem Merkblatt: Drei Worte Deutsch ergeben kein Gespräch, funktioniert nur so mittel, ging zur Zentrale und holte meinen Fahrgemeinschaftskollegen ab, der immer noch erwartungsvoll auf das Faxgerät starrte. Was für ein Tag!

Frohe Weihnachten!

Ruhestand !!!

Letzter Schießausbilderlehrgang 2019 mit Reiner Ruf

Der letzte Schießausbilderlehrgang war es für unseren Kollegen Reiner Ruf, der nicht nur stellvertretender HPR-Vorsitzender war seit 2012, darüber hinaus bis 2017 stellvertretender Landesvorsitzender des BSBD Hessen, Reiner Ruf war in den vergangenen Jahren ganz besonders als Schießausbilder des hessischen Justizvollzugs aktiv. Sein letzter Lehrgang verabschiedete ihn in ganz besonderer Weise!

„Dieses Jahr war es wieder soweit, nach absolvierter Abschlussprüfung am 31.10.19 wurden acht frisch gebackene Schießausbilder dem Land Hessen zur Verfügung gestellt. Nach einer intensiven, drei wöchigen Ausbildung in Waffenkunde, rechtlichen Grundlagen für den Schusswaffengebrauch und einer nachhaltigen praktischen Ausbildung, schlossen die acht Absolventen allesamt mit einem gutem Ergebnis den Lehrgang ab.

Der Lehrgang wurde in der Raumschießanlage der Hessischen Polizei Homberg Efze durchgeführt. Hier noch mal einen großen Dank, dass in Zusammenarbeit mit der Polizei Hessen eine uneingeschränkte Nutzung der Raumschießanlage ermöglicht wurde.

Ausgebildet wurde Methodik und Didaktik einer praxisnahen Schießausbildung im schulmäßigen Schießen mit der Dienstwaffe P30 und der Maschinenpistole HK MP 5, sowie pädagogische Hinweise in Theorie und Praxis. Es wurde die Planung, Organisation



V.l.n.r.: Katja Leinweber, JVA Hünfeld; Benjamin Schäfer, HBWS; Matthias Leidinger, JVA Wiesbaden; Torsten Müller, JVA Darmstadt; Reiner Ruf, HBWS; Robert Chelminiak, JVA Fulda; Timo Bareuther, JVA Weiterstadt; Michael Carl, JVA Darmstadt; Sascha Ketter, JVA Frankfurt/M I; Nils Franke, JVA Kassel II.

Fotos (2): BSBD Hessen

und Durchführung der Schießausbildung gemäß PDV 211 unterwiesen. Des Weiteren wurden die Sicherheitsbestimmungen im Umgang mit Schusswaffen auf Schießanlagen erläutert, sowie die rechtlichen Voraussetzungen für den Schusswaffengebrauch durch Justizvollzugsbeamte. Ebenfalls Stressbewältigung im Umgang mit Schusswaffen und praxisnahe Übungseinheiten der Polizei Ausbildung.

Nach der bestandenen Abschlussprüfung, die aus einem schriftlichen Beitrag zum Thema Waffenkunde bestand sowie einem praktischen Teil, können nun die Teilnehmer als Schießausbilder in den Hessischen Justizvollzugsanstalten eingesetzt werden.

Einen großen Dank möchten hier die Teilnehmer des Lehrgangs an den Schießausbilder Reiner Ruf aussprechen. Mit Bedauern geht eine Ära zu Ende. Dies war der letzte Lehrgang, den Amtmann Reiner Ruf ausgebildet hat. Nach langjährigen Verdiensten im Hessischen Justizvollzug geht Reiner Ruf in seinen wohlverdienten Ruhestand. Dieser Lehrgang endete mit einem lachenden Auge und einem tränenden Auge, da es mit Ende des Lehrgangs auch hieß, Abschied zu nehmen von einem, wie er auch genannt wurde, Waffenvexikon des Justizvollzugs. Reiner Ruf wurde gebührend verabschiedet, er konnte offiziell seinen letzten dienstlichen Schuss, mit seiner Lieblingswaffe, der MP 5 abgeben. Er wurde von langjährigen Kollegen aus Schwalmstadt, Hünfeld und ehemals

Weiterstadt auf der Schießbahn überrascht. Bei Kaffee und Kuchen und einem kleinen Festakt sowie einem Abendessen, wurde Reiner Ruf in den Ruhestand verabschiedet. Natürlich gab es auch kleine Aufmerksamkeiten, die Reiner Ruf auf dem Weg in seinen Ruhestand stärken sollen.

Ebenfalls muss hier noch seine Hilfsausbilderin Katja Leinweber, aus der JVA Hünfeld erwähnt werden, die Reiner Ruf, natürlich auch die Teilnehmer, während des Lehrgangs unterstützte. Auch einen Dank hiermit an sie von den Teilnehmern. Ebenso einen Glückwunsch an den Nachfolger Benjamin Schäfer, er wird in die Fußstapfen von Reiner Ruf treten und wir wünschen ihm alles Gute auf diesem Weg und ebenfalls erfolgreiche Jahre.“

Der BSBD Hessen gratuliert im Übrigen den erfolgreichen Absolventen des Schießausbilderlehrgangs, namentlich: Benjamin Schäfer, HBWS; Matthias Leidinger, JVA Wiesbaden; Torsten Müller, JVA Darmstadt; Robert Chelminiak, JVA Fulda; Timo Bareuther, JVA Weiterstadt; Michael Carl, JVA Darmstadt; Sascha Ketter, JVA Frankfurt/M I; Nils Franke, JVA Kassel II.

Reiner Ruf zieht nun endgültig fort von Hessen, er wird seinen wohlverdienten Ruhestand in Hamburg genießen, wo er bereits seit einigen Jahren mit seiner Frau lebt. Der BSBD Hessen verabschiedete Reiner Ruf im Rahmen des 62. Gewerkschaftstags mit einem besonderen hessischen Gruß.

Alles Gute für Dich, lieber Reiner!!! ■



Landesvorsitzende Birgit Kannegießer verabschiedete Reiner Ruf beim 62. Gewerkschaftstag des BSBD Hessen in Butzbach.

BSBD-Liste für Personalratswahlen in der Justizvollzugsanstalt Butzbach erstellt

Jahreshauptversammlung mit Ehrungen im BSBD-OV Butzbach

Am 23. Oktober 2019 trafen sich die Mitglieder des BSBD-Ortsverbandes Butzbach zur Jahreshauptversammlung im Bürgerhaus Butzbach.

Pünktlich um 18 Uhr wurde die Jahreshauptversammlung 2019 durch den 1. Vorsitzenden **Florian Prihoda** eröffnet.

Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder folgten die Totenehrung und der Rückblick über gelaufene Aktivitäten, Neuigkeiten und Änderungen im **BSBD-Ortsverband Butzbach**. Seinen Bericht ergänzte **Herr Prihoda** mit weiteren Informationen aus der **BSBD-Landesebene**. Nach dem ausführlichen Bericht übergab **Herr Prihoda** das Wort an den langjährigen Kassierer **Hans Peter Muth**. **Herr Muth** stellte den anwesenden Mitgliedern den Kassenbericht 2019 vor, der von den Kassenprüfern **Frau Sommer** und **Herrn Petring** bestätigt wurde. Eine danach folgende Abstimmung führte zu einer einstimmigen Entlastung des Vorstandes.

Im Anschluss an den Bericht des Kassierers standen die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft im **BSBD** auf dem Programm. Elf Kolleginnen und Kollegen erhielten daher eine persönliche Einladung zur Jahreshauptversammlung. Leider konnten der Einladung nur **Herr Röhrig** und **Herr**



V.l.n.r.: **Florian Prihoda**, **Norbert Neugebauer** und **Uwe Röhrig**. Foto: BSBD Hessen

Neugebauer folgen. Nachfolgende Kolleginnen und Kollegen wurden im Rahmen der Versammlung geehrt:

- Hr. Heckmann Rüdiger** – 50 Jahre
- Hr. Klee Frank** – 25 Jahre
- Fr. Guckelsberger Angela** – 25 Jahre
- Hr. Neugebauer Norbert** – 25 Jahre
- Hr. Lang Roger** – 25 Jahre
- Hr. Röhrig Uwe** – 25 Jahre
- Hr. Meyer Erwin** – 25 Jahre
- Hr. Jäschke Andreas** – 25 Jahre
- Hr. Hinkel Ulrich** – 25 Jahre

- Hr. Martz Eugen** – 25 Jahre
- Hr. Holzapfel Dirk** – 25 Jahre

An dieser Stelle noch einmal unseren herzlichen Glückwunsch zu dieser besonderen Ehrung.

Nach den Ehrungen rief der Ortsverbandsvorsitzende den Tagesordnungspunkt „Personalratswahlen 2020“ auf. Zur Erstellung einer **BSBD-Liste** wurde durch die anwesenden Mitglieder der Kollege **Frank Gröb**, die Kollegin **Kira Port** und der Kollege **Roman Nickel** zum Wahlvorstand gewählt. In einer beantragten geheimen Wahl wurde sodann die **BSBD-Liste** für die Wahlen eines Personalrats in der **JVA Butzbach** aufgestellt. Für einen reibungslosen Wahlverlauf spricht der Vorstand des **BSBD-OV Butzbach** hiermit nochmals einen besonderen Dank an den Wahlvorstand aus.

Unter dem Punkt Verschiedenes meldete sich der Anstaltsleiter **Herr Röhrig** zu Wort. Er berichtete den Anwesenden über allgemeine Neuigkeiten und Änderungen in der **JVA Butzbach**, insbesondere über die anstehende Kernsanierung der Anstalt. Nachdem es dann keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, konnte der Ortsverbandsvorsitzende **Florian Prihoda** um 20.20 Uhr eine harmonisch verlaufende Ortsverbandsversammlung beenden und zum gemütlichen Teil überleiten. ■

... was uns im Ortsverband Kassel I bewegt

Die Personalratswahlen 2020 sind nicht mehr fern. Unser Dachverband der **dbb** bot im Hinblick auf die Personalratswahl 2020 seine Unterstützung an. Eine Veranstaltung,



die alle Anwesenden mit einer Vielzahl an guten Tipps rund um die Personalratswahl ausstattete. Die Vorstandsmitglieder **Sophia Heiderich**; **Hans Zakel**; **Wilma Volkenand** und **Simone Tafel-Höfling** nahmen das Angebot unseres Dachverbandes gerne an und besuchten den eintägigen Workshop des **dbb hessen** in Frankfurt.

Getreu dem Motto: Um Leistungsfähig zu bleiben braucht die Seele auch mal Pause. Wie im Sport soll nach der Anspannung eine Erholung folgen. Zum jährlich stattfindenden Behörden- tag/Betriebsausflug unterstützte der Ortsverband Kassel I seine Mitglieder mit 5,00 Euro. Behördentage/Betriebsausflüge werden für alle Beschäftigten der **JVA** bereits seit vielen Jahren angeboten. Bereits seit vier Jahren bekommen alle teilnehmenden **BSBD-Ortsverbandsmitglieder** von Herzen einen 5,00 Euro Schein. Sicherlich ist ein solcher Betrag kein Vermögen. Manch einer mag darüber schmunzeln. Wir sind überzeugt – manchmal hoffen wir es – dass die Mehrheit weiß, was hinter dieser kleinen Geste steht. „Ihr seid (uns) wichtig!“

Uns ist bewusst, dass eine gute Verbandsarbeit nicht ohne Aktivität zu ha-



ben ist. Ein gut ausgebautes Netzwerk innerhalb der **dbb Familie** kann für unsere Mitglieder, der Fachgewerkschaft für die Strafvollzugsbediensteten, überaus nützlich sein.

Gerne sind wir auch in diesem Jahr wieder der Einladung zur zweitägigen Bezirkshauptvorstandssitzung gefolgt. Der **BSBD** wurde durch den stellv. Ortsverbandsvorsitzenden des OV KS I **Hans Zakel** vertreten. Das Foto (rechts) zeigt den **dbb Landesvorsitzenden Heini Schmitt** (v.l.), neben ihm den **dbb Vorsitzenden Peter Keil**. Mit **Peter Keil** verbindet uns, dass er unserem Ortsverband angehört. Vor seinem Ruhestand war er stellvertretender Personalratsvorsitzender – dieser Posten verbindet ihn wiederum mit unserem **Hans Zakel**, der in dieser Amtszeit die Stellvertretung des Personalrates ausübt. Im Austausch mit anderen Fachgewerkschaften stellen wir stets fest –



Personalnotstand, wo man hinschaut. Überall wird mit einer minimalen Besetzung große Leistung erwartet. Wie jedes Jahr war der Austausch mit an-

deren Fachgewerkschaften unter dem **dbb Nordhessen** eine interessante und gewinnbringende Veranstaltung.

Simone Tafel-Höflich

Aus dem Ortsverbandsleben des BSBD Wiesbaden

Im dienstlichen Bereich bleiben uns die Probleme erhalten. Besserung ist nicht in Sicht. Bestimmt, wie überall, ist und bleibt der Dienstplan Thema

Nummer 1. Mit der Dienstplanung steht und fällt die Zufriedenheit. Wie wird die Kollegenschaft eingeteilt. Wer wann und wo? Bedenkt man das eine – lässt

man das andere außer Acht. Ruck zuck finden sich die „Bedenkenträger“. Kann man alles Bedenken, ohne dass das Rad stillsteht? Wohl kaum. Sicher sind landeinwärts, bedingt durch den demographischen Wandel, ab und an zu viele Angestellte oder Anwärter – besonders an Wochenenden im Dienst. Kann man dann auch noch auf eine „angemessene“ Quotierung bei den weiblichen Bediensteten achten? Schwierig!



Deutscher Meister der Bowlingmeisterschaft der Justiz 2019: BSG-JVA Wiesbaden mit Klaus Zink, Basso Constantino, Thomas Pulwer, Sascha Schuckart-Cramer mit 4826 Pin. (v.l.n.r.)



Wir lassen uns aber nicht unterkriegen. Wenn wir unseren Erfolg nicht in der Dienststelle bekommen, dann halt in unserer Freizeit. Hier waren wir erfolgreich: In Regensburg wurden wir Deutscher Meister mit 4826 Pins. Die **BSBD**-Mitglieder jubelten mit **Klaus Zink** und **Thomas Pulwer**.

Thomas Pulwer

Wir bewegen was!

Eine starke Gewerkschaft mit starken Leistungen!

- ▶ Der **BSBD Hessen** vertritt aktiv die Interessen aller im Justizvollzug tätigen Bediensteten. Ein starker Verband der in der Politik und der Justizverwaltung Gehör findet.
- ▶ Im **BSBD** organisierte Mitglieder sind kein Anhängsel vollzugsfremder Organisationen und Gewerkschaften.
- ▶ **Nähe ist unsere Stärke!**

www.bsbd-hessen.de